



Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften

Institut für Soziologie

Eckhard Dittrich

**Ungleich vereint - die deutsche
Wiedervereinigung als
sozialstrukturelles Projekt**

*Deutsch-Koreanischer Soziologenkongreß,
Magdeburg
21.-23. Juni 2000*

Arbeitsbericht Nr. 2

Internet-Fassung

Oktober, 2000

ISSN-1615-8229

Zur Reihe der Arbeitsberichte

Die „Arbeitsberichte“ des Instituts für Soziologie versammeln theoretische und empirische Beiträge, die im Rahmen von Forschungsprojekten und Qualifikationsvorhaben entstanden sind. Präsentiert werden Überlegungen sowohl zu einschlägigen soziologischen Bereichen als auch aus angrenzenden Fachgebieten.

Die Reihe verfolgt drei Absichten: Erstens soll die Möglichkeit der unverzüglichen Vorabveröffentlichung von theoretischen Beiträgen, empirischen Forschungsarbeiten, Reviews und Überblicksarbeiten geschaffen werden, die für eine Publikation in Zeitschriften oder Herausgeberzwecken gedacht sind, dort aber erst mit zeitlicher Verzögerung erscheinen können. Zweitens soll ein Informations- und Diskussionsforum für jene Arbeiten geschaffen werden, die sich für eine Publikation in einer Zeitschrift oder Edition weniger eignen, z. B. Forschungsberichte und –dokumentationen, Thesen- und Diskussionspapiere sowie hochwertige Arbeiten von Studierenden, die in forschungsorientierten Vertiefungen oder im Rahmen von Beobachtungs- und Empiriepraktika entstanden. Drittens soll diese Reihe die Vielfältigkeit der Arbeit am Institut für Soziologie dokumentieren.

Impressum:

Magdeburg: Otto-von-Guericke-Universität

Herausgeber:

Die Lehrstühle für Soziologie der Fakultät für Geistes-, Sozial- und
Erziehungswissenschaften an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Anschrift:

Institut für Soziologie der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
„Arbeitsberichte des Instituts“
Postfach 41 20
39016 Magdeburg

Sämtliche Rechte verbleiben bei den Autoren und Autorinnen.

Auflage: 150

*Redaktion: Prof. Dr. Barbara Dippelhofer-Stiem
Prof. Dr. Heiko Schrader*

Gedruckte Fassungen sind erhältlich im Institut für Soziologie.
Schutzgebühr: 5,-- DM

Ungleich vereint - die deutsche Wiedervereinigung als sozialstrukturelles Projekt

I.

Welche Perspektiven haben die neuen Länder im weiteren Wiedervereinigungsprozess? Entsteht mit der neuen, der Berliner Republik eine integrierte Gesamtgesellschaft? Und wie wäre die Entwicklung analytisch auszuloten, mit welchen Theoremen und Begriffen? Mit dieser Frage beschäftigen sich meine folgenden Überlegungen.

Die deutsche Verfassung verpflichtet die Politik zur Herstellung **gleichwertiger Lebensverhältnisse** auf dem Territorium Deutschlands. Zu diesem Zweck sind hunderte von Milliarden DM in die Ex-DDR geflossen. Diese Gelder sind nutzbringend verwandt worden: die soziale Infrastruktur wurde massiv verbessert: Verkehrswege, Wohnungen, Büros, Betriebe, Verwaltungen, Schulen und Hochschulen wurden modernisiert. Der Umbau des östlichen Teils Deutschlands ist weit vorangeschritten. Die gängige Überzeugung schliesst daraus, dass die Modernisierung den **Osten perspektivisch zu einem dem Westen vergleichbaren Landesteil** mache.

Nichtsdestotrotz gehen die Politiker - übrigens mittlerweile in seltener Einmütigkeit - von weiteren Transferzahlungen in zweistelliger Milliardenhöhe für die nächsten ca. 15-20 Jahren aus. Die Politik reagiert damit auf die immer fragwürdiger werdenden Vorstellungen vom schnellen Ein- oder gar Überholen des Ostens.

Ganz unterschiedliche Phänomene tragen zu dieser Revision bei. Seit einigen Jahren tut sich eine für den Osten **negative Wachstumsschere** auf. Die **Arbeitslosigkeit** stagniert auf deutlich höherem Niveau als im Westen, obwohl durch Fortbildungsmaßnahmen, Frühverrentungen etc. schon sehr viel Druck aus dem Arbeitsmarkt herausgenommen wurde. In den meisten Branchen ist eine Lohn- und Gehaltsgleichheit noch nicht erreicht. Noch immer migrieren nicht wenige Ostdeutsche in den Westen. Subjektiv fühlen sich viele Ostdeutsche als **Bürger 2. Klasse**. Eine äußerst niedrige Geburtenrate - wengleich in diesem ersten Halbjahr erstmals nach der Wende wieder steigend- verweist auf tiefsitzende Zukunftsängste. Diese und daraus resultierende Desorientierungen drücken sich auch in den **Erfolgen rechtsradikaler Parteien** aus sowie in der Vielzahl neonazistischer Gruppierungen auf dem ehemaligen DDR-Gebiet. Die **Wahlerfolge der PDS**, der ostdeutschen Regionalpartei, deuten ebenfalls auf spezifische Probleme der ostdeutschen Entwicklung. Umfragen bei Ex-DDR-Bürgern verweisen

auf eine **steigende positive Einschätzung vieler sozialer ‘Errungenschaften’** der ehemaligen DDR, ohne dass bei der großen Mehrheit der Bürger eine Rückkehr zu DDR-Verhältnissen gewünscht würde. Ostdeutsche Produkte erfreuen sich neuer, positiver Wertschätzungen. In Umfragen werden die wohlfahrtsstaatlichen Seiten des DDR-Sozialismus gelobt, die geringe Kriminalitätsrate der DDR der gestiegenen Unsicherheit im vereinten Deutschland entgegengestellt, die soziale Absicherung als menschenwürdig gepriesen, die soziale Wärme der Kälte der Ellenbogengesellschaft heute konfrontiert. Ein neues Wort versucht diese mentale Veränderung bei der Ex-DDR- Bevölkerung einzufangen: **Ostalgie**. Ob die in ihr sich ausdrückenden subjektiven Befindlichkeiten empirischer Überprüfung immer standhalten, ob sie nicht häufig der Medienaufbereitung geschuldet sind, steht hier nicht zur Debatte. Zumindest lässt sich feststellen, **dass nicht nur die objektive Seite, sondern auch die subjektive Seite der Wandlungsprozesse viele Brüche, Unsicherheiten, Verwerfungen und Probleme aufwirft.**

II.

Die sozialwissenschaftliche Begleitung der Prozesse wurde ganz überwiegend ebenfalls von der Vorstellung der Angleichung des Ostens an den Westen geprägt. Diese **Grundvorstellung** lässt sich etwa so zusammenfassen: **Nach der Periode des Staatssozialismus mündet der unvollendete und unvollendbare sozialistische Modernisierungsversuch wieder in den Hauptstrom der Modernisierung ein** (Srubar). Als **nachholende Modernisierung** sei folglich der soziale Wandel auch in der DDR zu klassifizieren. Die **Sperrigkeit der mentalen Einstellungen** der Ex-DDR-Bevölkerung sei als der hinreichend bekannte **‘time lag’**, also die Zeitverzögerung subjektiver Wandlungsprozesse gegenüber den objektiven zu charakterisieren. Die weitere Angleichung der Lebensverhältnisse werde die Besonderheiten der ‚DDR-Mentalität‘ beseitigen. Ich habe Zweifel an dieser fortschrittsoptimistischen Variante der Wandlungsprozesse in den neuen Bundesländern.

Stefan Hradil hat in einem interessanten Beitrag bereits nötige Differenzierungen bezogen auf das Theorem der nachholenden Modernisierung vorgenommen, das diesen Optimismus in der Regel trägt. Für ihn weisen die ‘postindustriellen Gesellschaften’ eine durchaus widersprüchliche Gemengelage auf, die die **‘linearen Modernisierungsvorstellungen** von einer immer weitergehend praktizierten Autonomie und Optionsnutzung der Individuen’ (Hradil 1996, 72) nicht als plausibel erscheinen lassen. Für ihn stehen weitergehenden Prozessen der Autonomisierung (zuweilen auch der Anomisierung) von Individuen gegenläufige Prozesse der neuen

Einbindung und Gemeinschaftlichkeit gegenüber, mithin dem Verzicht auf gelebte Eigenständigkeit und Zweckrationalität (Hradil 1996,72). Ausgehend von solcher nichtlinearen Betrachtung ostdeutscher Wandlungsprozesse erscheinen einige der häufig als ‘rückständig’ klassifizierten „Strukturen im Denken und Handeln der Menschen Ostdeutschlands nun ganz und gar nicht mehr als ‘zurückgeblieben’“ und schon überhaupt nicht als ‘Modernisierungsbremse‘ (Hradil 1996, 72), ihre Veränderung deshalb auch gar nicht wünschbar. Sie gehören nämlich zu jenen subjektiven Fertigkeiten, die für die „Einfügung in die freiwilligen, zugangsoffenen und gestaltbaren Gemeinschaften ‚postindustrieller Gesellschaften‘, „und erst recht die Zurücknahme rationalistischer Optionen in ihnen“ (Hradil 1996, 72) jene **individuelle Kompetenz** bereitstellen, ohne die massive Desorientierungsprozesse zu befürchten sind. Sie repräsentieren also **Reparationsmechanismen gegenüber den Funktionsmängeln von postindustriellen Gesellschaften.**

Anders formuliert, Mitgifte sind von Altlasten im Modernisierungsprozess der Deutschen Demokratischen Republik auch auf subjektiver Ebene sorgsam zu unterscheiden, was nur mit entsprechenden Theorien auch analytisch gelingen kann.

Zu solchen **Mitgiften** zählen z. B. nach Hradil, aber auch anderen Autoren:

1. Die im Ost-West-Vergleich feststellbaren **stärkeren gemeinschaftsbezogenen Einstellungen ostdeutscher Manager**. Diese dürften nicht nur zu dem geradezu überwältigend friedlichen Übergang von der Zentralplanungsökonomie zur Marktwirtschaft westdeutschen Musters beigetragen und das Vertrauen in diese gestärkt haben, sondern darüber hinaus auch zukünftig in der Lage sein, „dem disfunktionalen Zerfall in egoistisch kalkulierende Akteure“ (Hradil 1996, 73) in den postindustriellen Unternehmen entgegenzuwirken. Diskussionen um neue Managementtechniken und um Führungsstile, die seit ca. 20 Jahren in Soziologie und Wirtschaftswissenschaften geführt werden, verweisen allesamt auf die Notwendigkeit, soziale Kohäsion als bewußt herzustellenden Zustand zu betrachten, auf die Notwendigkeit, unter den veränderten Leistungsbedingungen ein neues ‘Wir-Gefühl’ zu schaffen, zielen ab auf eine Erneuerung gemeinschaftsbezogener Einstellungen.

2. Lutz Marz hat schon bald nach der Wende auf **die ‘Chaosqualifikationen’ vieler ostdeutscher Beschäftigter** hingewiesen, die diese im Umgang mit Versorgungsengpässen, technisch veralteter Maschinerie, organisatorischem Kompetenzgerangel etc. erworben hätten. Diese Qualifikationen werden in einer sich globalisierenden Ökonomie durchaus benötigt.

3. Die postfordistische Ökonomie ist eine gesteigerter Komplexität und erweiterter Kontingenzen. **Sozio-ökonomische Beziehungsnetze** können jenes Vertrauen schaffen, das die Komplexitäten reduziert und die Kontingenzen beschränkt. Die alten DDR-Beziehungsnetze zur Verstetigung von Produktion, Beschaffung und Absatz können angesichts dieser Sachlage durchaus positive Wirkung entfalten. Die Ergebnisse - um nur auf einen sozialwissenschaftlichen Befund hinzuweisen - der Erforschung regionaler Distrikte unterstreichen die Bedeutung kulturellen und sozialen Kapitals in großer Einmütigkeit (vgl. zum möglichen Erfolg von Netzen, Hessinger 1995).

4. Das gilt auch für **private Netzwerke** als Unterstützung bei biographischen Brüchen, bei den hohen Mobilitätsanforderungen etc., denen sich Menschen in postindustriellen Gesellschaften ausgesetzt sehen. Was hier zwischen und in Familien, in Nachbarschaften, Betriebsgemeinschaften und in Vereinen in der DDR entstanden ist, repräsentiert nicht nur aus der Not geborene sozialpolitische Stützen, sondern auch gelebte Solidarität, Gemeinsinn, die es den in der DDR sozialisierten Menschen möglicherweise leichter macht als dem, mehr oder minder isolierten Kleinfamiliennachwuchs Westdeutschlands, mit den vielfältigen Herausforderungen des Gesellschaftswandels und seinen Problemen produktiv umzugehen.

5. Kritisch wird immer wieder auf das **Regionalbewußtsein der Ex-DDR-Bürger** als Modernisierungs- insbesondere Internationalisierungsbremse hingewiesen. Dieses Argument ist zumindest problematisch. „In manchen Regionen und Bundesländern (des Westens, E. D.) wurde viel Zeit, Mühe und Geld aufgewendet, regionale Zusammengehörigkeitsgefühle (wieder-) herzustellen. Identitätsdefizite und regionale Eigeninteressen in den immer segmentierten ‘postindustriellen Gesellschaften’ drängten gleichermaßen dazu, diese Investitionen vorzunehmen. Oft segelten sie unter der Flagge ‘Wir in ..’. Es scheint so, daß eine gemeinsame Vergangenheit und gemeinsam erlebte Transformationsprobleme regionale Wir-Gefühle in Ostdeutschland, und damit hilfreiche Vorbereitungen auf ‘postindustrielle’ Erfordernisse, viel schneller als in Westdeutschland zuwege bringen“ (Hradil 1996, 76).

Natürlich gibt es auch Beispiele der Rückständigkeit des Denkens: „Privatismus und Traditionalismus, Gemeinschaftsabhängigkeit, Staats- und Autoritätsgläubigkeit, Verantwortungsvermeidung und Entlastungsstreben scheint in vielen Fällen modernen Institutionen noch nicht angepaßt“, so Hradil (1996, 58). Aber diese sind mit durchaus

zukunftsstauglichen Denk- und Verhaltensweisen, die eben auch existieren, vermischt.

Diese Feststellung verweist auf die theoretische Modellierung des Prozesses zurück. So richtig und wichtig die Hradilsche differenzierende Betrachtung ist, so bleibt sie doch der Modernisierungstheorie verhaftet, wenn auch eine deutliche Abgrenzung von ihren eher naiven Varianten erfolgt. Was m. E. auch bei Hradil fehlt, ist **die Denkmöglichkeit einer eigenständigen ostdeutschen Entwicklung**. Diese ist aber angesichts der eingangs aufgezählten Phänomene notwendigerweise zu eröffnen.

Die Hradilsche These von der Gemengelage zukunftsstauglicher und rückwärtsgewandter Denk- und Verhaltensweisen verlangt geradezu nach weiterer Differenzierung, nach einem schärferen Blick nicht nur auf den DDR-Sozialismus, sondern auch auf die spezifisch deutsche Transformation, denn nur auf der Basis der Modellierung der gesamten Transformation, also ihres Prozesses als Wiedervereinigung zweier Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen läßt sich abschätzen, was die „Gemengelage“ für die zukünftige Entwicklung eigentlich bedeutet.

Analysen der mittel- und osteuropäischen Transformation haben immer wieder auf deren **‘Pfadabhängigkeit’** verwiesen, auf die Erblasten des Staatssozialismus **wie** die Zumutungen der konkreten Transformationsentscheidungen. Beides zusammen generiere erst den Raum für Handeln und Bewußtsein. Die meisten Autoren sind sich einig: der politisch gewollte und gesteuerte Transformationsprozeß ist in Deutschland Ost weitgehend abgeschlossen, was vom sozialkulturellen Wandel so nicht gesagt werden kann. Anders formuliert: die Systemintegration ist abgeschlossen, die Sozialintegration nicht, wie gerade die zunehmende Diskussion in den Sozialwissenschaften um kulturellen Wandel, um den ostdeutschen Sonderweg der Transformation, um Regionalismus etc. zeigen. Die systemischen Integrationsmechanismen Markt und Recht, so Reinhard Kreckel (1997), haben nicht zugleich aus sich heraus die soziale Integration leisten können, die unter dem Verdikt einer riesigen Anzahl biographischer Umbrüche stünde. Auf diese Weise sei die strukturelle Voraussetzung polarisierender Wahrnehmung gesellschaftlicher Verhältnisse entstanden. Offe konstatiert formelle Inklusion bei lebensweltlich-kultureller Exklusion. In diese Exklusion scheint eine Selbst-Ethnisierung der ostdeutschen Bevölkerung eingeschrieben zu sein, wie Land/Possekel festhalten: „Begann das Argument beim unterdrückten, gepeinigten und deformierten Ossi, so führte es zur These von einer zutiefst protestantischen Mentalität, um schließlich den engagierten, innovativen

und selbstbewußten DDRler zu erkennen“ (Land/Possekel 1994,14). Und Rudolf Woderich schreibt: „Der politische und diachrone Modus von staatlicher Vereinigung und Systemtransformation, die Implantation externer Institutionen sowie die Dominanz von ‘ready made actors’; der hohe zeitliche Druck der Szenarien - hat einen geschichtlichen Vorgang in Bewegung gesetzt, der als Peripherienbildung begriffen und beschrieben werden kann“ (Woderich 1996, 84). Dadurch entstünde die Chance der Ausbildung ostdeutscher Identitäten als einem Amalgam aus tradierten Sinnbezügen und neuen, dem Transformationsgeschehen eingeschriebenen Erfahrungen und ihrer Interpretation.

Die Ergebnisse des Wohlfahrtssurveys 1988 bestätigen diese Einschätzung. Die Autoren fassen zusammen: „Die teilweise drastischen Unterschiede in der Perzeption und Bewertung von zentralen Merkmalen und Qualitäten der deutschen Gesellschaft sind offenbar nicht allein Reflex der nach wie vor bestehenden Unterschiede in den faktischen Lebensumständen, sondern auch Ergebnis unterschiedlicher biographischer Erfahrungen und Wertvorstellungen. Die Vorbehalte und die Distanz, die sich in diesen Rezeptionen und Bewertungen niederschlagen, deuten aber nicht zuletzt auch darauf hin, daß sich die ostdeutschen Bürger in der gemeinsamen deutschen Gesellschaft auch acht Jahre nach der Vereinigung noch nicht in der gleichen Weise heimisch und mit ihr vertraut fühlen wie die Westdeutschen“ (Habisch, R., Noll, H.-H., Zapf, W., 1999, 6). Ob diese in der Einschätzung aber mitschwingende Zielbestimmung einer mentalen Konversion sinnvoll, möglich oder wünschenswert ist, scheint mir gerade die Frage zu sein. Plausibler scheint mir zu sein, die Perzeptionen und Werthaltungen als Ausdruck der **Entwicklung zu einer regionalen Identität der Ostdeutschen zu werten**. Das hieße aber Abschied von der Angleichungsthese zu nehmen und eher auf die spezifische ostdeutsche Gesellschafts- und Mentalitätsgeschichte zu schauen. Helmut Wiesenthal hat das für die jüngste Gesellschaftsgeschichte der Transformation in Deutschland im Vergleich mit anderen mitteleuropäischen Ländern getan und ist dabei zu interessanten Ergebnissen gelangt. Auch er konstatiert, daß dem „hohen Niveau der systemischen Integration nur ein niedriger Grad der sozialen Integration“ entspreche. Unter diesen Bedingungen würden selbst funktionierende und vergleichsweise vorteilhaft wirkende gesellschaftliche Spielregeln zum Kristallisationspunkt von Unzufriedenheit und Distinktionsbedarf“ (Wiesenthal 1996, 54). Außerdem würden mit dem linearen Institutionentransfer nicht nur unerfüllbare Erwartungen begründet, sondern auch Innovations- und Experimentierchancen verschenkt sowie eine komplette Reorientierung durch den fast vollständigen Wegfall der vertrauten Verhaltensnormen und sozialen Spielregeln induziert, die „einem Wechsel der

Persönlichkeit“ (Wiesenthal 1996, 54) gleich kamen. Diese Orientierung impliziert auch im Zeitverlauf der Wandlungsprozesse die Entwicklung der die eigene Identität repräsentierenden Distinktionen. Über Vergleiche, die „Gestern“ und „Heute“ schematisieren, stabilisieren sich die Identitäten einer von kollektiver Enteignung ihrer Mentalitätsgeschichte bedrohten Ex-DDR-Bevölkerung. Die Analyse solcher mentalitätsgeschichtlichen Betrachtungen steht in den Sozialwissenschaften allerdings erst am Anfang. Festzuhalten sind jedoch die zahlreichen Indizien der Entstehung eines eigenständigen sozialen Bewußtseins im Osten Deutschlands.

Im Anschluß an Woderich, Kreckel u. a. möchte ich vorschlagen, diese **Entwicklung mit Hilfe der Metapher von Zentrum und Peripherie zu erfassen**. Sie legt „den Gedanken an ein asymmetrisch strukturiertes Kräftefeld nahe“ (Kreckel 1997, 42), das zukünftige Analysen leiten sollte (vgl. auch Vilmar, Dümcke 1996). Was ist von der Metapher zu erwarten im analytischen Sinne?

Von der Metapher erwarte ich mir mehr und konkretere Möglichkeiten der Analyse der Entwicklung des Verhältnisses der deutschen Teilbevölkerungen als von der historisch weit gespannten Modernisierungstheorie. Anders formuliert: die konkrete Wiedervereinigungsperspektive ist gegenüber den großen Modernisierungstheorien zu stärken. Die Modernisierungstheorien als Großtheorien drohen nämlich die konkreten Entscheidungsalternativen im kurz- und mittelfristigen zeitlichen Maßstab und deren entwicklungspfadgenerierende Bedeutung unterzubewerten und damit von den Risiken des spezifischen Wandels in Ostdeutschland abzulenken. Wiedervereinigung ist im Kontext von Zentrum und Peripherie zu verorten, im Kontext des Verhältnisses neue zu alten Ländern. Die Probleme von Macht und Abhängigkeit dürfen dabei kein Tabu sein resp. werden.

Nur ein Zentrum kann einen linearen Transfer von Institutionen, Finanzmitteln und Akteuren bewerkstelligen, weil es stark genug ist, seine kulturellen, seine politischen und ökonomischen Perspektiven der Peripherie auch überzustülpen und damit eine erhebliche Entlastung von ansonsten nötigen kostenintensiven Suchbewegungen zu erreichen. Wenn Autoren unterschiedlichster Couleur von der gelungenen Systemtransformation reden, so meinen sie just diesen historisch präzedenzlosen Vorgang der Übernahme eines kompletten Gesellschaftssystems auf dem Territorium der ehemaligen DDR. „Aufbau Ost als Nachbau West“, nennt Philipp Hessinger diesen Vorgang lakonisch (Hessinger 1995, 266). Analog zu der neueren

entwicklungssoziologischen Literatur läßt sich mit diesem Ansatz die Position der neuen Länder aus der Interaktion von m. E. fünf Faktoren erklären:

- 1) staatssozialistisches Erbe
- 2) Entscheidungen über den eingeschlagenen Transformationspfad
- 3) Interesse des Zentrums
- 4) Aus 1+2+3 resultierende Binnenstruktur
- 5) Globalisierung.

1. Auch bei dem möglicherweise prominentesten Verfechter der Modernisierungstheorie in Deutschland, Wolfgang Zapf, herrscht Skepsis gegenüber dem Erfolg nachholender Modernisierung vor, denn verbesserte Lebenschancen schlagen sich in seinen umfangreichen, quantitativen Studien nicht entsprechend in subjektiver Zufriedenheit nieder, die doch zu erwarten war als Ausdruck der Angleichung der Lebensverhältnisse. Seine Mitarbeiter konstatieren mittlerweile sogar: „In der materiellen Lage werden wohl auf längere Sicht Ost-West-Ungleichheiten bestehen bleiben; Ungleichheiten die stärker ausgeprägt sind als regionale Disparitäten in der alten Bundesrepublik“ (Delhey, Böhnke, 1999, 30). Doch was bedeuten diese objektiven, statistisch meßbaren, über **regionale Differenzierungen** hinausweisenden Unterschiede für die Entwicklungsperspektiven der alten und der neuen Bundesländer? Dazu gibt es bei Zapf, aber auch anderen Modernisierungstheoretikern m. E. (noch) keine überzeugenden Antworten.

Die ausbleibenden Unterschiede in den materiellen Lebensverhältnissen dürften im gesellschaftlichen Diskurs angesichts individueller Anpassungsanstrengungen zur **Wahrnehmung von Gerechtigkeitslücken** führen und damit zur weiteren Stabilisierung der Ostalgie als partieller Wertschätzung des staatssozialistischen Erbes. Anders formuliert: wegen des Erklärungsdrucks durch die ausbleibende Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse kommt es zu **steigendem Distinktionsbedarf**, der auch die Reinterpretation der DDR-Verhältnisse im Sinne kollektiver Identitätssuche und –stabilisierung umfaßt.

2. Systemtransformation ist nicht identisch mit Sozialintegration. Die Sperrigkeit von ‚Traditionen‘ ist ein auch in der modernisierungstheoretischen Debatte mittlerweile anerkanntes Phänomen. Sie bestimmt Tradition als Form der Strukturierung der Gegenwart durch die Vergangenheit (Giddens). Gerade auf dem Gebiet der Sozialintegration werden die deutlichsten Probleme bezüglich Wiedervereinigung konstatiert.

Mit der Zentrum-Peripherie-Metapher scheinen mir die bekannten Verwerfungen zwischen System- und Sozialintegration besser erklärbar

zu sein, erlaubt sie doch den Peripherisierungsdruck des Zentrums und die Gegenbewegung der autochtonen Bevölkerung bis hin zu Prozessen der Selbstethnisierung zu erfassen.

Den Interpreten des Wohlfahrtssurveys von 1998 ist zuzustimmen: „Selbst bei einer Angleichung der materiellen Lage zwischen Ost und West – die aber zumindest auf kurze Sicht nicht zu erwarten ist – ist nicht automatisch von einer vollständigen Angleichung der Zufriedenheit auszugehen“ (Delhey, Böhnke 1999, 30 Paranthese, 31).

Obwohl die ostdeutsche Bevölkerung gegenüber der westdeutschen mehrheitlich die Angleichung in einem zeitlich viel länger gestreckten Prozess erwartet, Erwartungsenttäuschung also eine eher geringe Rolle bei der Selbsteinschätzung spielen dürfte, ist nach wie vor „das Gefühl des westlichen Übergewichts vorhanden“, was eben nicht nur eine materielle Basis hat (Delhey, Böhnke 1999, 31), sondern als verfestigte Struktur der Wahrnehmung im Sinne der Selbstethnisierung einer sich peripherisierende Teilgesellschaft zu betrachten ist.

3. Die periphere Lage beruht letztlich auf **mangelnder Konfliktfähigkeit** (Kreckel 1997, 44), durch die die ostdeutsche Bevölkerung in ihren Möglichkeiten selbstbestimmter Handlungen strukturell begrenzt ist. Als Bevölkerung ist sie Minderheit, als in Ländern organisierte Bevölkerung ebenfalls. Ökonomisch muß Ostdeutschland als Bittsteller von Transferzahlungen auftreten, ohne die die ökonomischen und infrastrukturellen Unterschiede sich noch vergrößern würden.

Kräftezersplittung verhindert die Entstehung von Gegenstrategien. Weder die SPD, noch die CDU, von den anderen Parteien ganz zu schweigen, lassen ein klares Entwicklungsprogramm für die Ostländer erkennen. Einzig die PDS, die unter dem Verdikt Nachfolgepartei der Sozialistischen Einheitspartei der DDR zu sein steht; versucht Politik für den Osten zu machen, teilweise mit beträchtlichem Erfolg. Aber auch **sozial-strukturell überwiegt Zersplitterung.** Hier sei nur an die so bezeichneten Vereinigungsgewinner und –verlierer erinnert, aber auch in die mentalen Probleme einer Bevölkerungsmehrheit, die gelernt hatte, Politik anderen zu überlassen, sowie an die **Entwicklung von Subzentren und Semiperipherien** auf dem Gebiet der neuen Bundesländer selbst.

4. Die Metapher erlaubt den Anschluß an Diskussionen um die **Weltgesellschaft**, die bezüglich Zentrum und Peripherie als Kontinuum ungleich verteilter Entwicklungschancen zu begreifen ist und folglich Länder und Regionen gemäß ihrer Position in internationalen Entscheidungskontexten positioniert. Und zweifellos beeinflussen Internationalisierung und Globalisierung auch die sozio-ökonomische

Entwicklung der neuen Bundesländer, möglicherweise in differenter Weise als die alten Bundesländer. Empirische Studien dazu liegen m. E. noch nicht vor. Die Ergebnisse von Raumanalysen, die sich auf die Europäische Union beziehen, verweisen aber auf **Neuformierungen von starken und schwachen Räumen**, auf neue Mischungen von Zentren, Semiperipherien, Peripherien etc. (Dittrich, Makó, Stojanov 1996).

Theoretisch verweist diese Anschlußmöglichkeit der Metapher an supranationale Räume und die Weltgesellschaft auf die vielen Zentrum-Peripherie-Spannungsfelder, die sich überlappen und neutralisieren, aber auch verstärken können (Kreckel 1997, 47). Eine direkte Konfrontation zwischen Zentrum und Peripherie ist dann nicht denknotwendig, wenn das Auftreten von Mittlerpositionen, Semiperipherien, unübersichtlichen und unübersehbarer politischen Konstellationen berücksichtigt werden. „Kurz gesagt, aus ambivalenten, beziehungsreichen Kräftekonstellationen erwachsen vielfältige und ambivalente Interessenlagen, nicht eindeutige Konfliktlinien.“ (Kreckel 1997, 47), und zwar auf objektiver wie auf subjektiver Ebene. „Auf der formalen Ebene der Metapher heißt das, die Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie lassen sich einerseits objektiv bestimmen, als ungleiche Tauschrelationen, als (direkte) Gewaltverhältnisse, also politische oder rechtliche Abhängigkeiten, als technologische oder kognitive Unterlegenheiten, als kulturelle Bevormundung u. ä. Wichtig ist andererseits aber auch, inwieweit für Zentrum- und Peripherieangehörige noch ein gemeinsamer Wert- und Kommunikationshorizont gilt, der alle Beteiligten subjektiv zusammenbindet. Erst wenn dieses Merkmal gegeben ist, wird m. E. die Zentrum-Peripherie-Metapher voll brauchbar, denn sie beschreibt allemal ein asymmetrisches Innenverhältnis, nicht ein bloßes Freund-Feind-Verhältnis zwischen innen und außen“ (Kreckel 1997, 48f).

Lassen Sie mich abschließen: wenn mittelfristig ein Wohlstandsgefälle zu erwarten ist, die Abhängigkeit von westlichen Finanztransfers politisch und ökonomisch geboten ist, die Industriestruktur in ihrer Breite momentan kaum einen selbsttragenden Aufschwung in Ostdeutschland erwarten läßt, wenn damit zu rechnen ist, dass sich die Mentalitätsunterschiede auf Dauer verfestigen, dann meine ich, sollte sozialwissenschaftliche Analytik darauf reagieren. Dazu habe ich einen Vorschlag unterbreitet.

Literaturverzeichnis

- Delhey, J., Böhnke, D., 1999, Über die materielle zur inneren Einheit? Wohlstandslagen und subjektives Wohlbefinden in Ost- und Westdeutschland, WZB, Abteilung ‚Sozialstruktur und Sozialberichterstattung‘ im Forschungsschwerpunkt III, FS III 99-412, Berlin
- Dittrich, E., Makó, C., Stojanov, C., 1996, Unternehmenskultur, Nationalkultur und Transformation, in, R. Lang, Hrsg., Wandel von Unternehmenskulturen in Ostdeutschland und Osteuropa, München, Mering, Rainer Hampp Verlag
- Habich, R., Noll, H.-H., Zapf, W., 1999, Subjektives Wohlbefinden in Ostdeutschland nähert sich westdeutschen Niveau, Ergebnisse des Wohlfahrtssurvey 1988, in, Informationsdienst Soziale Indikatoren, Ausgabe 22. Juli
- Hessinger, Ph., 1995, Aufbau Ost als Nachbau West bei der industriellen Restrukturierung Ostdeutschlands? Eine netzwerktheoretische Perspektive, in, H. Rudolph unter Mitarbeit von D. Simon, Geplanter Wandel, ungeplante Wirkungen, WZB-Jahrbuch, Berlin
- Hradil, St., 1996, Überholen ohne Einzuholen? Chancen subjektiver Modernisierung in Ostdeutschland, in, R. Kollmorgen, R. , Reißig, J. Weiß, Hrsg., Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland, Opladen, Leske und Budrich
- Kreckel, R., 1994, Soziale Integration und nationale Identität, in, Berliner Journal für Soziologie, H. 1
- Kreckel, R., 1997, Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, Frankfurt a. M., New York, Campus
- Land, R., Possekel, R., 1994, Namenlose Stimmen waren uns voraus, in, W. Schmale, Hrsg., Herausforderungen, Bochum
- Offe, C., 1994, Der Tunnel am Ende des Lichts, Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten, Frankfurt a. M., New York , Campus
- Vilmar, F., Dümcke, W., 1996, Kritische Zwischenbilanz der Vereinigungspolitik. Eine unerledigte Aufgabe der Politikwissenschaft, in, Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40
- Wiesenthal, H., 1996, Die neuen Bundesländer als Sonderfall der Transformation in den Ländern Ostmitteleuropas, in, Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40
- Wodrich, R., 1996, Peripherienbildung und kulturelle Identität, in, R. Kollmorgen, Reißig, J. Weiß, Hrsg., Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland, Opladen, Leske und Budrich

Kontakadresse:

Prof. Dr. Eckhard Dittrich
Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
Institut für Soziologie
PSF 41 20
39016 Magdeburg

Tel.: +49-3 91-6 71 65 36

Fax: +49-3 91-6 71 65 33

e-mail: eckhard.dittrich@gse-w.uni-magdeburg.de